



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 150. Ratssitzung vom 9. Juni 2021

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nr. 2020/521, 2021/112 und 2021/142

4036. 2020/521

Weisung vom 19.11.2020:

Sozialdepartement, Massnahmenplan zur Frühen Förderung 2021–2025 der Stadt Zürich, Bericht an den Gemeinderat

Antrag des Stadtrats

Vom Bericht zum Massnahmenplan Frühe Förderung 2021–2025 des Sozial-, des Schul- und Sport- sowie des Gesundheits- und Umweltdepartements wird Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2020/521, 2021/112 und 2021/142.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Selina Walgis (Grüne): *Mit Früher Förderung sind verschiedene Angebote und Massnahmen gemeint, die sowohl Familien vor, während und nach der Geburt als auch Familien mit Kindern im Vorschulalter als auch Vorschulkinder direkt stärken. Bei der Frühen Förderung stehen Prävention und Ressourcenstärkung im Fokus. Ihr Ziel ist es, gute Entwicklungsbedingungen für alle Kinder zu ermöglichen und damit die Chancengerechtigkeit zu verbessern. Die frühe Kindheit ist ein wichtiger Lebensabschnitt, in dem Grundlagen für Bildung, Berufsweg und Gesundheit gelegt werden. Die Massnahmen sollen vor allem auch belastete Familien erreichen. Zürich verfolgt bereits seit dem Jahr 2009 eine klare Strategie der Frühen Förderung. Im Rahmen des Legislatorschwerpunkts «Frühförderung – Gute Chancen für alle Kinder» 2010–2014 und mit dem ersten Massnahmenplan Frühe Förderung 2016–2019 rief die Stadt verschiedene Angebote und Projekte für sozial belastete Familien ins Leben. Im Massnahmenplan zur Frühen Förderung 2021–2025 wurden fünf Schwerpunkte definiert. Im ersten Schwerpunkt geht es um die Erhöhung der Zielgruppenerreichung. Das Ziel ist es, die sozial belasteten Familien noch besser zu erreichen und Familien in Risikosituationen zu erkennen und zu unterstützen. Folgendes soll angepackt werden: Der Übergang von einem Versorgungssystem zum nächsten soll möglichst gut ausfallen. Man wird analysieren, warum von sozial belasteten Familien die Hebammenbegleitung tendenziell nicht beansprucht wird. Ausserdem wird das Projekt «Purzelbaum», in dem es um die Gesundheit der Kinder geht, auf Spielgruppen ausgeweitet. Im zweiten Schwerpunkt geht es um eine punktuelle Überprüfung der Versorgung mit Angeboten der frühen Kindheit. Die Angebotsdichte ist nicht in allen Stadtteilen gleich gross, was sehr gut am Beispiel der Spielplätze ersichtlich ist. Im dritten Schwerpunkt geht es um die Verbesserung von Koordination,*

Vernetzung und Information. Die städtische Kommunikation an die Eltern soll departementsübergreifend koordiniert werden. Fremdsprachige Eltern sollen besser informiert und erreicht werden. Das Personal im frühen Bereich, Kindergarten und Hort soll gemeinsam Weiterbildungen zu gewissen Themen besuchen. Ausserdem sollen Fachpersonen, Akteurinnen und Akteure der frühen Kindheit besser sozialräumlich vernetzt arbeiten. Im vierten Schwerpunkt geht es darum, die Eltern zu stärken. Hier wurden sehr gute Erfahrungen mit der Mütter- und Väterberatung (MVB) gemacht. Wir wollen darum die Bekanntheit der MVB stärken, die von belasteten Familien bereits oft in Anspruch genommen wird. Das Bedürfnis der Väter soll erhoben werden und in die zukünftige Entwicklung der MVB einfließen. Ausserdem soll sie bis zum Eintritt in den Kindergarten ausgebaut werden, damit sie nicht nur ein Jahr lang nach der Geburt des Kindes in Anspruch genommen wird. Der letzte Schwerpunkt ist die Optimierung des Projekts «Gut vorbereitet in den Kindergarten». Es soll ausgebaut werden, weil die jüngste Generation in der Stadt sehr heterogen ist. Lediglich ein Drittel der 0- bis 4-Jährigen wächst einsprachig mit Deutsch auf. Darum soll das Projekt auf alle Schulkreise ausgeweitet und in die Regelstruktur überführt werden. Gegenüber dem Budget 2020 erhöhen sich die Kosten im Budget 2021 um 1,46 Millionen Franken. Im Wesentlichen ist die Erhöhung auf Stellenerhöhungen beim städtischen Personal und auf den Ausbau von «Gut vorbereitet in den Kindergarten» zurückzuführen. Durch den Ausbau des Projekts entstehen beim Sozialdepartement bis zum Jahr 2024 gegenüber dem Budget 2020 Zusatzkosten von 1,98 Millionen Franken pro Jahr. Der Ausbau erfolgt in verschiedenen Etappen und ist in den nächsten zwei Jahren am stärksten. Geplant ist, dass bis zum Jahr 2024 14 Prozent aller Kinder eines Jahrganges eine Kita-integrierte Deutschförderung erhalten und 70 Prozent aller monosprachlich deutschen Kitas am Programm teilnehmen können. Nun äussere ich mich zur Haltung der Grüne-Fraktion. Das nationale Programm gegen Armut zeigt auf, dass bei der Verhinderung von Armut die Frühe Förderung eine wichtige Rolle einnimmt. Investitionen in die frühe Kindheit zahlen sich langfristig aus. Ein weiterer Grund, warum wir natürlich zustimmen: Uns ist Chancengerechtigkeit ein sehr zentrales Anliegen. Dazu haben wir noch einen weiten Weg vor uns. Wenn man Deutsch erst im Kindergarten lernt, hat man bereits beim Schulstart andere Voraussetzungen. Kinder, die ohne Deutschkenntnisse in den Kindergarten starten, machen im Durchschnitt tiefere Bildungsabschlüsse als deutschsprachige Kinder. Es ist darum essenziell, wenn sie durch das Projekt «Gut vorbereitet in den Kindergarten» bereits vor dem Eintritt in den Kindergarten im Erlernen der Zweitsprache gefördert werden. Ich freue mich darum sehr, dass das Projekt, mit dem wir bereits positive Erfahrungen machten, auf die ganze Stadt ausgeweitet wird. Ebenfalls ist es uns ein grosses Anliegen, dass Angebote besser zugänglich und besser vernetzt werden, und dass Wege gefunden werden, um belastete Familien noch besser zu erreichen und zu unterstützen.

Kommissionsminderheit:

Samuel Balsiger (SVP): Nennen wir das Kind beim Namen: Man versucht hier, Fehler in der Migration zu korrigieren. Im Bericht wird immer wieder die Zielgruppe benannt: fremdsprachige Familien. Mit staatlicher Leistung soll ein scheinbares Problem behoben werden. Das ist nicht richtig. Bei Problemen mit der Einwanderung müssen nicht die sozialen Strukturen im Staat ausgebaut werden; das Problem muss an der Grenze gelöst

werden. Chancengerechtigkeit kann nicht mit einer staatlichen Gleichmacherei erreicht werden. Wenn man die Lebensläufe von sehr erfolgreichen Menschen liest und analysiert, warum diese Menschen einen Drang zum Aufstieg hatten, findet man meist in der Kindheit einen Punkt, an dem diese Menschen einen sehr schweren Start hatten. Darum wollen sie mehr erreichen. Der Staat muss also so frei gestaltet werden, dass sich der Mensch entfalten kann, es möglich ist, eigene Unternehmen zu gründen, und es möglich ist, auch als Kleinunternehmer einen Misserfolg zu haben und wieder aufstehen zu können. Der Staat muss also zurückgebaut und die Steuern gesenkt werden. Das führt zu Chancengleichheit und bringt auch Menschen mit schlechter Ausbildung wirtschaftlichen Erfolg. Dazu brauchen die Menschen einfache Mittel, um Geschäfte gründen zu können. Eine hohe Mehrwertsteuer führt zum Gegenteil; gerade Menschen mit tiefen Einkommen sind hart davon betroffen. Diese Art von Politik richtet sich gegen den kleinen Bürger. Auch in diesem Geschäft muss der Staatsausbau abgelehnt werden. Mit einem Staatsrückbau, Steuersenkungen und dem Abbau von staatlichen Regulierungen können wir den einfachen Menschen eine Chancengleichheit ermöglichen.

Natalie Eberle (AL) begründet das Postulat GR Nr. 2021/112 (vergleiche Beschluss-Nr. 3728/2021): Die Frühe Förderung ist eine wichtige und zentrale Aufgabe, um die Chancengleichheit verbessern zu können – das ist erwiesen. Es hilft, wenn Kinder möglichst früh mit der deutschen Sprache und mit Kindern, mit denen sie im Austausch stehen können, in Kontakt kommen. Dass das Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD), das Schul- und Sportdepartement (SSD) und das Sozialdepartement (SD) im Bericht ein besonderes Augenmerk auf die Stärkung von jungen Müttern und Vätern warfen, freut uns sehr. Der Verein Familystart Zürich soll gestärkt werden. Sie unterstützen Mütter und Väter in der Vorphase des Familienstarts. Sie sollen besser abgeholt und breiter unterstützt werden, was sehr sinnvoll ist. Das nächste Angebot, das in einer Familie zur Geltung kommt, ist die MVB, die von vielen Familien in Anspruch genommen wird. Während dem Lockdown mussten leider diverse Mütter- und Väterberatungsstellen ihre Türen schliessen. Die Erreichbarkeit auf digitalen Kanälen existierte leider praktisch nicht. Es gab zwei Telefonnummern, bei denen man sich in einem dringenden Fall melden konnte. Aber grundsätzlich ist die MVB im digitalen Raum nicht präsent. Während dem Lockdown hatten viele Eltern nicht weniger Probleme oder weniger Fragen. Mit den Fragen gingen sie zu den Kita- oder Spielgruppenleiterinnen, was wiederum deren Arbeitspensum ausweitete. Viele der Spielgruppenleiterinnen kamen an den Anschlag den Erziehungsfragen, mit denen sie in dieser Zeit konfrontiert wurden. Es zeigte sich, wie wichtig das Angebot der MVB ist. Uns irritierte, dass die Mütter- und Väterberatung in der Grünau in das Kirchgemeindehaus beim Lindenplatz zog. Das Quartier Grünau ist sehr familienreich und es ziehen immer wieder neue Familien dorthin. Man stellte fest, dass es gerade mit Neugeborenen schwierig ist, Strecken mit Bus und Tram zurückzulegen. Darum müssen sich Angebote wie die MVB in Gehdistanz befinden. Zurzeit befinden sich zwanzig Mütter- und Väterberatungsstellen in der Stadt. Das ist nicht schlecht, aber es ist nicht genug. Es braucht mehr Stellen und sie müssen so in der Stadt verteilt sein, dass die Familien sie zu Fuss erreichen können. Die MVB ist in den digitalen Medien nicht vorhanden. Es gibt zwar eine Vortragsreihe online, was ein Schritt in die richtige Richtung ist. Es ist aber noch kein niederschwelliges Betreuungsangebot. Gerade

Familien mit Migrationshintergrund kommunizieren meist über WhatsApp, Facebook oder Instagram. Das sind Portale, auf denen die MVB noch nicht präsent sind. Mit unserem Postulat wollen wir den Stadtrat darauf hinweisen, dass er in die Richtung hinwirken soll, dass die MVB auch niederschwellig im digitalen Raum erreichbar sein soll. Das soll auf den digitalen Kanälen geschehen, auf denen sich die Angesprochenen bereits bewegen. Die Beratungsstellen sollen ausserdem vermehrt besser in den Quartieren verteilt werden.

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 31. März 2021 gestellten Ablehnungsantrag: Staatsausbau ist schädlich für eine normale Familie und für die Gesundheit eines Nationalstaats.

Judith Boppart (SP) begründet das Postulat GR Nr. 2021/142 (vergleiche Beschluss-Nr. 3797/2021): Im Bericht zum Massnahmenplan zur Frühen Förderung wird festgehalten, dass Investitionen in die frühe Kindheit als Präventionsmassnahme das beste Kosten-Wirkungsverhältnis haben. Das ist so, weil in den ersten Lebensjahren so viel geschieht, das später nicht mehr oder nur schwer aufzuholen ist. Der Umgang mit Emotionen, Beziehungsfähigkeit, Grob- und Feinmotorik. Das alles bildet sich in den ersten vier Lebensjahren am meisten aus und bildet den Grundstein, worauf das kognitive Lernen in der Schule schliesslich aufbaut. Wenn es bei diesem Fundament fehlt, fällt das in der Schule Gelernte wieder weg. Darum ist es Zeit, dass wir davon wegkommen, auf kleine Kinder aufzupassen und sie lediglich als «herzig» zu empfinden. Wir sollen uns der Tatsache bewusst sein, dass dieser Lebensabschnitt äusserst wichtig ist. In diesem Lebensabschnitt sollen nicht lediglich schlecht bezahlte Praktikantinnen zum Zug kommen, sondern Profis wie ausgebildete Kleinkindererzieherinnen und Pädagogen. Denn dieser Lebensabschnitt bestimmt den weiteren Lebensverlauf eines Menschen. Dieser Lebensabschnitt ist darum sogar noch wichtiger als die Schulzeit. Wie viel Geld investieren wir in die Bildung von Schulkindern? Wie viel in die Frühe Förderung? Es ist darum höchste Zeit vom «Jöö» wegzukommen hin zur Feststellung, dass der Lebensabschnitt äusserst wichtig ist und dass wir in ihn investieren müssen. Wir freuen uns darum sehr über den Massnahmenplan, der die Angebote in diesem Lebensabschnitt stärken will. In einem Punkt wollen wir ihn ergänzen: Eine Erkenntnis der Situationsanalyse ist, dass sozial belastete Familien seltener von Angeboten während und nach der Schwangerschaft Gebrauch machen. Weil sich die Zielgruppenerreichung an der Versorgungskette ausrichtet, fallen besonders sozial belastete Familien, die den Anfangspunkt der Kette verpassen, durch die Maschen. Das wollen wir mit einem Angebot ändern, das wie das Angebot um die Schwangerschaft eine Art Portal für weitere, spezifische Angebote ist. Es soll ein Angebot sein, von dem selbstverständlich ist, dass es von Familien mit kleinen Kindern genutzt werden kann. Das Angebot muss sich vor Ort in Quartierzentren und am besten neben einer Kinderarztpraxis oder neben einem Spielplatz befinden. Das Angebot heisst «One-Stop-Shop» und wurde in der Situationsanalyse empfohlen. Ein One-Stop-Shop bündelt möglichst viele attraktive Angebote für junge Familien an einem Ort. Vom niederschweligen Kinderhütendienst, über Kitas, Spielgruppen, Deutsch- und Integrationskurse, MVB bis zu Hebammen oder Kinderärztinnen. Es ist eine Art Weiterentwicklung eines Familienbegegnungsorts oder eines Gemeinschaftszentrums, weil alle

Angebote der frühen Kindheit an einem Ort gebündelt werden. Mit der flächendeckenden Einführung von One-Stop-Shops in der Stadt kann die Zielgruppe – alle jungen Familien – gut erreicht werden. Ausserdem kann auch die Versorgungslage von Familienbegegnungsorten verbessert und eine bessere Vernetzung der verschiedenen Fachpersonen erreicht werden. Denn in einem One-Stop-Shop arbeiten alle am gleichen Ort und können sich darum einfach austauschen. Unser Postulat ist ein wichtiges Puzzleteil der Frühen Förderung, mit dem die Portalfunktion der One-Stop-Shops zum Tragen kommt.

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. April 2021 gestellten Ablehnungsantrag: *Sie glauben, Sie können von einer staatlichen Stelle von oben herab bestimmen, wie sich ein Quartier entwickeln soll, wie viele Arbeitsplätze entstehen sollen, wer in den Quartieren arbeiten darf, wer durch diese Quartiere laufen darf usw. Es ist ein kommunistischer Gedanke, dass Sie hier am Staatshebel sind und das kleine Volk steuern können. Es kann nicht verlangt werden, dass One-Stop-Shops flächendeckend eingeführt werden sollen. Wenn ein privater Kinderhütendienst oder eine Hebamme glaubt, dass dort ein Markt und Kunden vorhanden sind, so dass es sich lohnt, eine Dienstleistung anzubieten, dann wird eine entsprechende Dienstleistung am entsprechenden Ort entstehen. Sie gehen jedoch vom kommunistischen Gedanken aus, dass Sie steuern können, wie sich die Gesellschaft entwickeln soll. Das funktioniert nicht bei den Quartierzentren und das wird auch in diesem Fall nicht funktionieren.*

Weitere Wortmeldungen:

Mélissa Dufournet (FDP): *Ich äussere mich zum Postulat GR Nr. 2021/112. Es besteht aus zwei Forderungen. Zum einen soll der Stadtrat darauf hinwirken, dass Mütter- und Väterberatungsstellen in die Quartiere verlegt werden und dass das möglichst in Kombination mit anderen öffentlichen Nutzungen wie mit den Gemeinschaftszentren geschehen soll. Diese Forderung ist meines Erachtens bereits erfüllt. Es gibt diese Mütter- und Väterberatungsstellen bereits an zwanzig verschiedenen Orten über alle Quartiere verteilt; sie sind also an mehr Orten zu finden als die Gemeinschaftszentren. Man kann einer Familie durchaus auch zumuten, dass sie ab und zu den öffentlichen Verkehr braucht. Es geht zu weit, dass gefordert wird, dass von überall aus in Gehdistanz eine Beratungsstelle erreicht werden soll. Auch eine Vernetzung kann komplett unabhängig davon erfolgen. Es besteht auch keine Informationslücke. Wie ich aus erster Hand erfuhr, erhält man zwei Wochen nach der Geburt einen Brief mit einem Flyer. Auf dem erklärt wird, welche Beratungsstellen es gibt. Zwei Wochen später erhält man einen Anruf mit der Frage, ob man etwas braucht und der Erklärung, wo man zu finden ist. Diesen Teil des Postulats würden wir lieber nicht unterstützen. Im zweiten Teil des Postulats geht es aber darum, dass die MVB durchaus auch elektronische Kanäle verwenden sollen, um Beratungsleistungen anbieten zu können. Das entspricht dem Zeitgeist und auch einem Bedürfnis der Eltern. Die Beratung kann so auch dezentral erfolgen, womit die Problematik mit dem öffentlichen Verkehr wegfällt. Das ist unseres Erachtens zu unterstützen. Wir stimmen daher der Überweisung des Postulats zu und hoffen dabei, dass der Stadtrat in Bezug auf die erste Forderung nicht in den Aktionismus verfällt.*

Markus Baumann (GLP): Wir sind der Meinung, dass die Stadt die Schwerpunkte an den richtigen Orten setzt. Wir werden den Bericht dementsprechend zur Kenntnis nehmen. Beim Postulat GR Nr. 2021/112 sehe ich es ähnlich wie Mélissa Dufournet (FDP). Mit dem ersten Teil des Postulats hat auch die GLP grosse Mühe. Das gibt es bereits und es braucht keinen weiteren Ausbau. Ich finde es schade, dass nicht ein parteiübergreifendes Postulat für die Digitalisierung zustande kam. Diesem Teil kann die GLP sehr gut zustimmen. Denn es ist tatsächlich so, dass zwar die Digitalisierung während der Corona-Zeit im niederschweligen Bereich ankam, aber es ist noch immer schwierig, die Leute zu erreichen. Ich bin der Meinung, dass die Vernetzung auf den sozialen Medien gefördert werden soll. Wir kommen jedoch zu einem anderen Schluss als die FDP: Wir werden das Postulat nicht unterstützen. Wenn das Postulat überwiesen wird, bitten wir den Stadtrat, dass er vor allem die Digitalisierung und die Befähigung bei der Anwendung vorantreibt. Liest man das Postulat GR Nr. 2021/142, macht es den Eindruck, dass es in der Stadt nur eine Beratungsstelle gebe und dass sich diese in Witikon befindet. Ich halte das Postulat für übertrieben. Der Bericht sagt klar, dass wir eine gute Erreichbarkeit der Beratungsstellen haben. Ich kenne die One-Stop-Shops vor allem aus Ländern mit einer niedrigen Dichte; in der Schweiz ist das nicht der Fall. In diesem Punkt gibt es innerhalb der GLP zwei Seiten. Die einen sind der Meinung, dass das gefördert werden soll. In diesem Sinne wird ein Teil der GLP zustimmen und ein Teil das Postulat ablehnen.

Selina Walgis (Grüne): Wir finden, dass das Postulat der AL in eine gute Richtung geht und aufzeigt, in welche Richtung das Ganze gehen soll. Beim Massnahmenplan geht es um einen Ausbau der Mütter- und Väterberatung. Es soll darum auch das Ziel sein, dass die Angebote in Gehdistanz vorhanden sind und auch, dass die digitalen Angebote ausgebaut werden. Mehr Digitalisierung soll nicht bedeuten, dass die Verfügbarkeit der Angebote in Gehdistanz nicht mehr wichtig ist. Beides ist wichtig, da mehr Familien erreicht werden sollen. Beispielsweise soll ein Erstkontakt über einen digitalen Weg stattfinden können und dann komplexere Angelegenheiten in Gehdistanz – beispielsweise in einem Gemeinschaftszentrum, in einem One-Stop-Shop.

Matthias Renggli (SP): Die Weisung enthält ein Bündel von niederschweligen Massnahmen zur Frühen Förderung. Das Ziel, gute Entwicklungsbedingungen für alle Kinder zu ermöglichen und damit die Chancengleichheit zu verbessern, ist für die SP essenziell und eine Herzensangelegenheit. Uns freut es daher sehr, dass es auch in der Vergangenheit gut gelang, bildungsferne Schichten zu erreichen. Als Präventionsmassnahmen haben Investitionen in die frühe Kindheit ein ausgezeichnetes Kosten-Wirkungs-Verhältnis. In der Postulatsvorstellung erläuterte Judith Boppart (SP), wo wir noch Potenzial sehen. Das Postulat der AL geht in die gleiche Richtung. Aus unserer Sicht ist es sehr sinnvoll, dass die Mütter- und Väterberatungsstellen in den belebten Zentren der Quartiere präsent sind und dass die Angebote auch elektronisch niederschwelliger zugänglich gemacht werden. Wir unterstützen das Begleitpostulat daher sehr. Die SP begrüsst den Massnahmenplan zur Frühen Förderung sehr und nimmt ihn gerne zustimmend zur Kenntnis.

Claudia Rabelbauer (EVP): Die EVP nimmt den Bericht wohlwollend und zustimmend

zur Kenntnis. Als Kita-Leiterin kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen, dass insbesondere die Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund einen enormen Effekt hat. Als ich noch vor fünfzehn Jahren Primarlehrerin war, wünschte ich mir, dass es damals bereits ein solches Angebot gegeben hätte. Ich bin überzeugt, dass die Kinder besser in den Kindergarten kommen und dann auch ihre schulische Karriere viel besser starten können. Es profitieren nicht nur Kinder mit Migrationshintergrund von diesem Angebot. Alle zwei Wochen kommt eine qualifizierte Person, die sich mit vielleicht zwei Kindern spezifisch auseinandersetzt. Aber die anderen Kinder profitieren ebenfalls von diesem Angebot; sie sind auch immer dabei. Auch das ganze Kita-Personal profitiert vom Angebot. Wir können regelmässig Weiterbildungen besuchen, die von der entsprechenden Person angeboten wird. Das ermöglicht uns ein nachhaltiges Implementieren im Alltag. Die Begleitpostulate unterstützen wir beide. Ich war bereits sehr oft froh, dass es die Mütter- und Väterberatung gibt. Wir sind oft die erste Stelle, die den Eltern sagen muss, dass ein Kind nicht altersentsprechend entwickelt ist. Wir sind darum sehr dankbar, wenn weitere Fachkräfte zugezogen werden können. Ich sehe hier noch ein Erweiterungsfeld: Dass Kitas mehr Zugang zu Fachkräften haben. Denn sie sind die ersten, die allenfalls bei einem Kind bemerken, wenn die Sprache nicht adäquat entwickelt ist. Das kann aus verschiedensten Gründen der Fall sein. Auch sind wir oft die ersten, die eine Seh- oder Hörbehinderung bemerken. Hier sind wir momentan noch ein wenig allein. Dafür sollten Schnittstellen geschaffen werden. Die MVB ist eine solche Schnittstelle, die wir gerne aufsuchen; sei es, um für uns Rat zu holen oder um sie bei einem Elterngespräch beizuziehen. Die MVB besuchen auch Kitas, wobei sie die Kinder beobachten können. So können sie den Eltern berichten, wie sie die Kinder erleben. Das ist eine grosse Entlastung für uns. Im Bericht wird auch das Angebot der «Q-Kita» angesprochen. Ich hoffe, dass wir zu einem anderen Zeitpunkt dort anknüpfen können. Qualität in den Kindertagesstätten ist in aller Munde. 32 Kitas konnten von diesem Angebot profitieren. Momentan hört man nicht mehr viel davon. Anders als beim Projekt «Purzelbaum», das aus mehreren Staffeln bestand und bei dem sich die Kitas immer wieder anmelden konnten, da das Angebot auf grosses Interesse stiess. Ich hoffe, dass auch das sehr attraktive «Q-Kita»-Angebot wieder auf den Plan kommt und fortgeführt werden kann.

Natalie Eberle (AL): Wir werden dem Bericht ebenfalls zustimmen. Als ich ihn las, freute ich mich sehr darüber, dass drei Departemente zusammen an der Frühförderung arbeiten. Es ist nicht immer so und es dürfte öfters geschehen, dass departementsübergreifend grössere Themen zusammen angegangen werden. Das ist der grosse Pluspunkt des Massnahmenplans und wir sind dem sehr positiv gesinnt. Das Postulat der SP begrüssen wir. Die Initiative ist sehr nah an unserem Postulat, aber das steht nicht im Konflikt miteinander. Etwas irritiert mich jedoch: «One-Stop-Shops», «to go» oder nicht «to go»? Es gibt in der Stadt bereits Angebote, die lediglich anders heissen. Es sind Eltern- und Kinderzentren (ELCH) oder Familienzentren. Meiner Meinung nach geht es nicht darum, ein neues Angebot, die One-Stop-Shops, zu kreieren. Wir sollten die bestehenden Angebote ausbauen und flächendeckend anbringen. Wir unterstützen das Postulat, wären aber froh, wenn damit die Familien- und ELCH-Zentren in der Stadt gestärkt werden.

Dominique Zygmunt (FDP): Wir lehnen das SP-Postulat ab. Das Anliegen ist unbestritten. Für uns kommt jedoch zu wenig zum Ausdruck, dass die frühkindliche Förderung ein Zusammenspiel von staatlichen Angeboten und einer sehr grossen Breite von privaten Angeboten ist. Sie können aus einer unzähligen Breite wählen, was Sie wollen – seien es Spielgruppen, Sport oder Kultur. Das kommt uns zu wenig zum Ausdruck, wenn gefordert wird, dass es nur noch eine Art von Zentrum geben soll, in dem die staatlichen Angebote zusammengefasst werden. Uns stört auch der Widerspruch der flächendeckenden Zentralisierung. Für uns wäre es interessanter, wenn wir an der Qualität der Angebote arbeiten. Wir haben auch nichts gegen Bestrebungen, die Angebote besser zu vernetzen. Aber am Gedanken, dass sich alles an einem Ort befinden muss, sehen wir keinen Mehrwert. Für uns ist die Priorität falsch angesetzt. Spiel- und Sportplätze sind die Orte, an denen man sich begegnet. Die heute bestehenden Angebote sollten weiterentwickelt und gestärkt werden. Im One-Stop-Shop-Prinzip sehen wir zu wenig Vorteile.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Die Debatte zeigt, in welchem Feld wir uns mit der Frühen Förderung bewegen. Auch werden unsere verschiedenen Stärken und Entwicklungsmöglichkeiten gezeigt. Dort wollen wir auch in Zukunft anknüpfen. Ein wichtiger Erfolgsfaktor der Frühen Förderung in der Stadt Zürich ist der vernetzte Ansatz, den wir sehr ernst nehmen. Das zeigt sich auch dadurch, dass drei Departemente massgeblich zusammenarbeiten. Die One-Stop-Shops sollten nicht als Alternative zu all den bestehenden Angeboten gesehen werden, sie sind allenfalls eine Ergänzung. Es wird immer wichtig sein, dass sich die Angebote tatsächlich dort befinden, wo die Familien und Kinder sind. Die zweite Stärke ist, dass wir immer wieder punktuell etwas erproben. Das werden wir auch in der nächsten Zeit weiterführen. Wir werden nicht als nächstes einen Masterplan über die ganze Stadt Zürich erstellen. Wir werden ermitteln, wo Möglichkeiten und Institutionen bestehen, die sich ausbauen, übertragen oder ergänzen lassen. Ich bin überzeugt, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden, weshalb wir sehr gerne bereit sind, die Postulate entgegenzunehmen. Wir werden auch nicht im Aktionismus ausbrechen; wir werden weiterhin Schritt für Schritt arbeiten, während wir die Inputs aus der Diskussion und aus den Postulaten aufnehmen. Ein weiterer wichtiger Punkt hat ebenfalls mit der Vernetzung zu tun: Wir versuchen sehr stark, auf Regelstrukturen aufzubauen, wo sie bestehen. Wir müssen nicht alles neu erfinden, sondern wollen bei bestehenden Leistungen andocken oder solche ausbauen. Eine wichtige Regelstruktur sind die Kitas, die ein wichtiger Träger der Frühen Förderung sind. Wenn wir weiterkommen wollen, müssen wir auch dort weiter in die Regelstruktur investieren. Dazu gehört auch die Qualitätsförderung.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

9 / 10

Vom Bericht zum Massnahmenplan Frühe Förderung 2021–2025 des Sozial-, des Schul- und Sport- sowie des Gesundheits- und Umweltdepartements wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Selina Walgis (Grüne), Referentin; Präsident Markus Baumann (GLP), Vizepräsidentin Nadia Huberson (SP), Alexander Brunner (FDP), Patrik Brunner (FDP), Mélissa Dufournet (FDP), Marco Geissbühler (SP), Mathias Manz (SP), Matthias Renggli (SP), Roger-Paul Speck (SP), Willi Wottreng (AL)
Minderheit: Samuel Balsiger (SVP), Referent; Sebastian Zopfi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 10 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Selina Walgis (Grüne), Referentin; Präsident Markus Baumann (GLP), Vizepräsidentin Nadia Huberson (SP), Alexander Brunner (FDP), Patrik Brunner (FDP), Mélissa Dufournet (FDP), Marco Geissbühler (SP), Mathias Manz (SP), Matthias Renggli (SP), Roger-Paul Speck (SP), Willi Wottreng (AL)
Minderheit: Samuel Balsiger (SVP), Referent; Sebastian Zopfi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 10 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Vom Bericht zum Massnahmenplan Frühe Förderung 2021–2025 des Sozial-, des Schul- und Sport- sowie des Gesundheits- und Umweltdepartements wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 16. Juni 2021

4037. 2021/112

**Postulat von Natalie Eberle (AL) und Willi Wottreng (AL) vom 17.03.2021:
Mütter- und Väterberatungsstellen, sozialräumlich und elektronisch niederschwelligere Gestaltung der Zugänglichkeit**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

10 / 10

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2020/521, Beschluss-Nr. 4036/2021.

Natalie Eberle (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3728/2021).

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 31. März 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 88 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4038. 2021/142

**Postulat von Judith Boppart (SP) und Matthias Renggli (SP) vom 31.03.2021:
Flächendeckende Realisierung von qualitativen Begegnungsorten für Familien
mit kleineren Kindern («One-Stop-Shops»)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2020/521, Beschluss-Nr. 4036/2021.

Judith Boppart (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3797/2021).

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. April 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 73 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat